



Bundespräsident

Gauck kritisiert Türkei

„Eine Eskalation, die die Europäer nicht unbeantwortet lassen können“

Bundespräsident Joachim Gauck hat sich ungewohnt scharf zu den Entwicklungen in der Türkei geäußert. „Was ich derzeit in der Türkei beobachte, bestürzt mich“, sagte Gauck dem SPIEGEL. Wenn Ankara den Putschversuch nutze, „um etwa die Pressefreiheit faktisch auszuhebeln, wenn es die Justiz instrumentalisiert und der Präsident die Wiedereinführung der Todesstrafe betreibt“, dann würden zentrale Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates außer Kraft gesetzt. Er frage sich: „Ist diese Politik die endgültige Abkehr vom Weg in Richtung Europa?“ Nach Ansicht des deutschen Staatsoberhauptes bedeutet sie in jedem Fall „eine Eskalation, die die Europäer nicht unbeantwortet lassen können“. Zusammenarbeit könne nicht den Verzicht auf Kritik bedeuten,

betonte Gauck. Zuletzt hatte die Regierung in Ankara die Zeitung „Cumhuriyet“ ins Visier genommen und zahlreiche Journalisten verhaftet.

Im Konflikt mit Russland schloss Gauck weitere Sanktionen nicht aus. Er unterstütze die „deeskalierende Politik der Bundesregierung“, so der Präsident. Man müsse miteinander im Gespräch bleiben, „ohne dabei von vornherein auszuschließen, dass es, wenn dieses Gespräch fruchtlos bleibt, weitere Sanktionen geben könnte“. Moskau sei ein „Gegenüber, das immer wieder Recht bricht und militärisches Eingreifen als normales Mittel der Politik begreift“. (Das ganze Interview finden Sie am Sonntag auf SPIEGEL ONLINE.) flo, har, ron

Rente

Union will länger arbeiten lassen

Kurz vor den entscheidenden Koalitionsgesprächen über die Zukunft des Rentensystems bringt die Union längere Lebensarbeitszeiten ins Gespräch. Sie will der SPD in der Koalitionsrunde am Dienstag vorschlagen, das Rentenalter künftig an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

Die Initiative kam von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei einer Vorbesprechung der Unionsspitze. Damit würde das Sicherungsniveau weniger stark sinken als bisher erwartet. Denkbar ist etwa, dass sich die Altersgrenze mit jedem gewonnenen Jahr Lebenserwartung automatisch um ein halbes Jahr erhöht. Auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer äußerte dafür grundsätzlich Sympa-

thie. Die Altersgrenze von heute 65 Jahren und fünf Monaten wird bis 2029 auf 67 Jahre steigen.

Zentraler Streitpunkt bei den Verhandlungen von Union und SPD ist das gesetzliche Sicherungsniveau, das derzeit bei 48 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns liegt und in Zukunft weiter sinken wird. Die Gewerkschaften fordern, das heutige Niveau einzufrieren.

Um ihnen entgegenzukommen, will die Union die Unternehmen strikter als bislang geplant zur betrieblichen Altersversorgung verpflichten. Bei einem Treffen mit Gewerkschaftern stellte CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder am Dienstag in Aussicht, per Gesetz für eine flächendeckende Verbreitung von Betriebsrenten zu sorgen, auch bei nicht tarifgebundenen Unternehmen. cos, mad, rei